

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Tarifrunde Bund und Kommunen:

Mehr Geld muss her!

Die Aussage der kommunalen Arbeitgeber, dass die „finanziellen Spielräume begrenzt“ seien, ist nichts Neues. Wenn sie nun die Flüchtlings-situation ins Feld führen, ist das irreführend und dient der Spaltung. So leer sind die Kassen nicht. Der Bund verzeichnete 18 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Viel Geld konnten in den letzten Jahrzehnten die Reichen und Superreichen horten. Mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten weitere 20 Milliarden Euro für sinnvolle Investitionen nutzbar gemacht werden. Eine einmalige Milliardenabgabe brächte kurzfristig 170 Milliarden Euro in die öffentliche Kassen! Ausbau der Kitas, der Schulen, der Krankenhäuser, mehr Personal in Ämtern und bei Sozialarbeit, höhere Löhne – all das könnte angegangen werden. Geld ist also genug da. Es ist nur falsch verteilt.

Vor diesem Hintergrund sollten keinerlei Zugeständnisse bei der Forderung nach 6% und 100€ mehr für die Auszubildenden gemacht werden. Jeder Tarifikampf sollte genutzt werden, um die jahrelange Umverteilung von unten nach oben anzugreifen. Es ist ein Versäumnis, dass diesmal keine soziale Komponente gefordert wird. Die Notwendigkeit, gerade die unte-

ren Lohngruppen aufzuwerten, besteht weiter.

Wie bei der Tarifrunde der Länder haben auch die kommunalen Arbeitgeber Eingriffe in die betriebliche Altersversorgung angekündigt. Doch von der gesetzlichen Rente können immer weniger Menschen leben. Aktuell beträgt die gesetzliche Nettorente weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens und wird bis 2030 auf rund 43 Prozent fallen. Bereits heute sind mehr als 465.000 Rentnerinnen und Rentner zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf staatliche Aufstockerleistungen angewiesen, rund 815.000 von ihnen verdienen sich zudem mit „Mini-Jobs“ etwas dazu. Die Pläne der Arbeitgeber müssen abgewehrt werden, um eine massive Ausweitung der Altersarmut zu verhindern!

Neue Entgeltordnung

Zehn Jahre nach Einführung des TVÖD und acht Jahre nach Beginn der Verhandlungen sollen neue Entgeltgruppen eingeführt werden. Ver.di fordert, über die neue Entgeltordnung in der Tarifrunde zu entscheiden. Dabei solle es eine „angemessene Kompensation“ für weggefallene Bewährungsaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen des BAT geben. Das müsste also bedeuten, dass die Arbeitgeber eine Kompensation für die Einsparungen, die sie über die TVÖD Einführung erreicht haben, zahlen sollen.

Auch die Arbeitgeber sprechen in ihrer Pressemitteilung zur Tarifrunde von „Kompensation“ - aber wohl entgegen gesetzt: „Auf dem Weg zu einer Entgeltordnung für den Bereich der VKA befinden wir uns in der entscheidenden Phase(...) Die bisherigen Regelungen bedürfen einer Modernisierung, z.B. bezüglich neuer

**Kommt zum bundesweiten Treffen
des „Netzwerk für eine kämpferische
und demokratische ver.di“:**

21. Mai Hannover Tagungsort: Freizeithaus
Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover

Beginn 11 Uhr, Ende 16:30

www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de

facebook.com/netzwerkverdi

Qualifikationen und Neubewertung einzelner Tätigkeiten. In der Tarifrunde muss insbesondere die Zusage der Gewerkschaften nach einer angemessenen Kompensation geklärt und umgesetzt werden.“ Auf Nachfrage beim VKA wurde dies in einem gemeinsamen Papier von Arbeitgebern und Gewerkschaften festgeschrieben, welches jedoch nicht öffentlich ist. Jegliche Kompensation im Sinne der Arbeitgeber ist abzulehnen. Was in der Lohnrunde erreicht wird, darf den KollegInnen nicht über eine schlechtere Eingruppierung weg genommen werden.

Vorbereitung auf Streiks

Es ist gut, wenn der ver.di Vorsitzende Bsirske gegenüber den Arbeitgebern deutlich macht, dass ver.di streikbereit ist und „die Streikkassen nach wie vor so gut gefüllt“ sind. Große Kampfbereitschaft haben KollegInnen in Bund und Kommunen in den letzten Jahren mehrfach bewiesen: Sei es bei den massenhaft befolgten Warnstreiks bei allen Tarifrunden Bund und Kommunen, sowie auch bei dem vierwöchigen Streik der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen im letzten Jahr.

Nach den Erfahrungen mit der harten Haltung der Arbeitgeber zuletzt im SuE Streik ist ein gutes Ergebnis (das heißt ohne Kompensation im Sinne der Arbeitgeber) allein mit Warnstreiks nicht zu erwarten. Eine gute Vorbereitung auf die Auseinandersetzung inklusive Urabstimmung und möglichem Vollstreik ist angesichts einer möglichen harten Haltung der Arbeitgeber dringend geboten.

An den Kampferfahrungen, gerade auch aus dem SuE Streik sollte angeknüpft werden. Ansätze zur Beteiligung der Streikenden von unten wie durch tägliche Streikversammlungen und Protestaktionen vor Ort und bundesweite Streikdelegiertenkonferenzen sollten aufgegriffen und ausgebaut werden.

Kampfkraft nutzen

Die Möglichkeiten zur vollen Durchsetzung der Forderungen ohne faule Kompromisse ist möglich. Bereiche, mit denen sich ökonomischer Druck erzeugen lässt, sollten offensiv in den Streik einbezogen werden. In einigen bezirklichen Versammlungen zu dem Thema wurde

von ver.di-Referenten die sogenannte "Mini-Max-Strategie" in die Diskussion eingebracht. Hier wird vorgeschlagen, diejenigen, die keinen oder nur geringen wirtschaftlichen Schaden verursachen können, nicht in einen Streik einzubeziehen.

Diese Taktik ist nicht erfolgversprechend. Denn neben dem ökonomischen Druck muss auch der politische Druck aufgebaut werden. Mit massenhafter Beteiligung, gekoppelt mit Protest- und Solidaritätsaktionen, ist das möglich. Je mehr KollegInnen mobilisiert werden, bis hin zum Vollstreik, um so schneller kann ein Arbeitskampf auch erfolgreich zu Ende gebracht werden. Zudem haben die Streiks im letzten Jahr gezeigt, dass so auch viele neue Gewerkschaftsmitglieder geworben werden können.

Kämpfe zusammen führen

Auch in diesem Frühjahr finden zeitgleich mehrere Tarifrunden statt, so bei. Im letzten Jahr hätte ein Zusammengehen von KollegInnen aus Post, SuE, der Bahn und anderen zur Stärkung der einzelnen Kämpfe geführt. Die Forderung nach einer Ko-ordinierung mit den anderen Tarifrunden bei Telekom, Banken, Bau, Metall- und Elektro durch zeitgleiche Streiks und gemeinsame Protestkundgebungen wäre ein Weg, um gemeinsam Stärke zu zeigen und eine tarifpolitische Bewegung zu beginnen.

Solidarität

Eine Verbesserung der Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist im Interesse vieler. Mit der Forderung nach mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales kann auch die Öffentlichkeit für eine aktive Unterstützung des Streiks gewonnen werden. Auf dieser Grundlage könnten Solidaritätskomitees ins Leben gerufen werden.

Streikdemokratie

Ein wichtiges Ziel ist, dass die Streikenden das Heft selbst in der Hand halten. Dafür ist nötig, Maßnahmen der Streikdemokratie einzufordern und umzusetzen. Vor Ort sollten örtliche Streikleitungen sowie Streikdelegierte für lokale, regionale und bundesweite Streikkonferenzen gewählt werden. Alle wichtigen Entscheidungen, inklusive Streikabbruch oder -unterbrechung sollten von ihnen getroffen werden.